



# HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 2002

## **Gesetzentwurf der Landesregierung**

### **für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen, zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes über die Vereinigung der Stadtparkasse Frankfurt am Main mit der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft)**

Die Landesregierung legt mit Schreiben vom 12. November 2002 den nachstehenden, durch Kabinettsbeschluss vom 12. November 2002 gebilligten und festgestellten Gesetzentwurf dem Landtag zur Beschlussfassung vor. Der Gesetzentwurf wird vor dem Landtag von dem Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vertreten.

#### **A. Problem**

Die nochmalige Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und des Fusionsgesetzes betreffend die Frankfurter Sparkasse hat folgenden Hintergrund: Mit der EU-Kommission wurde im Interesse der Rechtssicherheit eine Verständigung über die Haftungsgrundlagen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute erreicht und hierzu so genannte Schlussfolgerungen vereinbart. Danach sind nach einer Übergangszeit die Gewährträgerhaftung abzuschaffen und die Anstaltslast nach festgelegten Grundsätzen zu ersetzen.

Alle notwendigen Maßnahmen müssen bis spätestens 31. Dezember 2002 endgültig in Kraft gesetzt werden.

In Hessen wurden die Regelungen hinsichtlich der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast für die Kreditinstitute im Staatsvertrag und in den Sparkassengesetzen gemäß dem vom Deutschen Sparkassen und Giroverband vorgegebenen Mustertext geändert. Der EU-Wettbewerbskommissar Monti hat am 1. August 2002 in mehreren Ländern die zuständigen Minister sowie das Bundesministerium der Finanzen angeschrieben und eine vereinbarungswidrige Umsetzung der Schlussfolgerungen beanstandet. In den Ländern (unter anderem Hessen), in denen die Anstaltslast lediglich als verwaltungsrechtlicher Grundsatz gilt, also nicht im Gesetz ausdrücklich geregelt ist, sieht Kommissar Monti die Umsetzung als fehlerhaft an, weil ein Element der Schlussfolgerungen, "Anstaltslast wird ersetzt durch die folgenden Bestimmungen:", nicht in die Gesetzestexte aufgenommen wurde. Der Staatsvertrag wurde nicht beanstandet, da er eine Regelung zur Anstaltslast enthält.

#### **B. Lösung**

Der Satz "Die Anstaltslast wird ersetzt durch die folgenden Bestimmungen" wird nachträglich in das Sparkassengesetz und das Vereinigungsgesetz aufgenommen.

#### **C. Befristung**

Die als Selbstverpflichtung anzusehende Verständigung sieht die endgültige Abschaffung der Rechtsinstitute Anstaltslast und Gewährträgerhaftung vor. Aus diesem Grund enthält das Gesetz keine Befristung.

**D. Alternativen**

Keine.

**E. Kosten**

Für die öffentlichen Haushalte entstehen keine Kosten.

**F. Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße betreffen als Männer**

Keine.

**G. Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen**

Keine.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz**  
**zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag**  
**zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer**  
**gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen,**  
**zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und**  
**zur Änderung des Gesetzes über die Vereinigung**  
**der Stadtparkasse Frankfurt am Main mit**  
**der Frankfurter Sparkasse von 1822**  
**(Polytechnische Gesellschaft)**

Vom

Das Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen, zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes über die Vereinigung der Stadtparkasse Frankfurt am Main mit der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft) vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 260) wird wie folgt geändert:

**Artikel 1**

1. In Art. 2 Nr. 3 wird in § 3 nach der Überschrift folgender Abs. 1 eingefügt:

"(1) Die Anstaltslast wird ersetzt durch die folgenden Bestimmungen."

Die bisherigen Abs. 1 und 2 werden die Abs. 2 und 3.

2. In Art. 3 Nr. 6 wird in § 4 Abs. 2 als neuer erster Satz eingefügt:

"Die Anstaltslast wird ersetzt durch die folgenden Bestimmungen."

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am 19. Juli 2005 in Kraft.

## Begründung

Als Folge der von der Vereinigung der Privatbanken eingelegten Wettbewerbsbeschwerde hat eine aus Vertretern des Bundes, der Länder sowie der Sparkassenorganisation bestehende Arbeitsgruppe (Koch-Weser-Arbeitsgruppe) am 17. Juli 2001 mit der EU-Kommission eine Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei Sparkassen und Landesbanken erreicht. Die seitens der Gesetzgeber zur Abschaffung dieser Rechtsinstitute zu treffenden Maßnahmen wurden in Schlussfolgerungen betreffend diese Verständigung konkretisiert und die in die Gesetzes- und Staatsvertragstexte aufzunehmenden Formulierungen durch die Arbeitsgruppe mit dem für Wettbewerbsfragen zuständigen Kommissar Monti abgestimmt. In Hessen wurden, wie in den anderen Ländern, diese abgestimmten Texte verwendet und der Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen, das Hessische Sparkassengesetz sowie das Gesetz über die Vereinigung der Stadtsparkasse Frankfurt am Main mit der Frankfurter Sparkasse entsprechend geändert. Die Gesetze sind am 19. Juni 2002 in Kraft getreten.

Mit Schreiben vom 1. August 2002 an die zuständigen Minister hat Kommissar Monti den Bund und diejenigen Länder angeschrieben, in denen die Anstaltslast bislang nicht ausdrücklich im Gesetz geregelt war, sondern lediglich als ungeschriebener Grundsatz des Verwaltungsrechts gegolten hat. In diesen Bundes- oder Landesgesetzen ist nach seiner Auffassung trotz der Verwendung der abgestimmten Texte die Umsetzung der Vereinbarung nicht ordnungsgemäß erfolgt, da die bislang nicht kodifizierte Anstaltslast nicht ausdrücklich abgeschafft würde. Eine Änderung des Staatsvertrages ist nicht erforderlich, da er eine Regelung zur Anstaltslast enthält.

Seitens der Kommission wurde in Aussicht gestellt, dass für den Fall einer weiterhin vereinbarungswidrigen Umsetzung die Rechtsinstitute der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung als Neubeihilfe angesehen werden. Um dies zu verhindern, wird nunmehr die Ersetzung der Anstaltslast im Hessischen Sparkassengesetz und im Vereinigungsgesetz für die Frankfurter Sparkasse ausdrücklich normiert und dabei auf die in der Vereinbarung und den Schlußfolgerungen festgelegten, in die Änderungsgesetze aufgenommenen Vorschriften verwiesen.

Wiesbaden, 12. November 2002

Der Hessische Ministerpräsident

Für den Hessischen Minister  
für Wirtschaft, Verkehr und  
Landesentwicklung:

Der Hessische Minister  
für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

**Koch**

**Dietzel**